

Referat Amt
V BM2 PEG

Tel. Nr.:
09131/86- 2227

SPD-Fraktionsantrag Nr. 012/2009, Kommunales Engagement gegen Rechtsextremismus

Beratungsfolge	Termin	öff.	nöff.	Vorlagenart	Abstimmungsergebnis		
					einstimmig	für	gegen Prot.verm.
HFGA	29.04.09	X		Beschluss			

Beteiligte Dienststellen

Polizeiinspektion Erlangen, Ausländer- und Integrationsbeirat, Amt 32, Amt 13

I. Antrag

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.
Der Antrag der SPD vom 19. Januar 2009 Nr. 12/2009 ist damit bearbeitet.

II. Begründung

Die SPD-Fraktion hat mit Antrag Nr. 012/2009 beantragt, das Konzept der Stadt München im Kampf gegen Rechtsextremismus vorzustellen.

Das komplette Konzept liegt bei BM2 zur Einsicht aus, auch im Internet gibt es verschiedene weiterführende Artikel zum Thema.

Der Ausländerbeirat sowie ein Vertreter der Aktion Courage werden vorab informiert und zur Sitzung eingeladen.

Die Stadt München hat auf Antrag von SPD und Grünen im Büro des OB Dr. Ude eine Stelle für die Beobachtung der rechtsextremen Umtriebe in München eingerichtet. Diese neue Stelle soll die Aktionen gegen Rechtsextremismus koordinieren. Ziel ist es, ein Netzwerk gegen Rechtsextremismus aufzubauen und handlungsfähig zu machen, auch und besonders im Zusammenhang mit Vertretern der Jugendverbände im Münchner Kinder – und Jugendhilfeausschuss.

An zentraler Stelle wirkt der Verein Feuerwerk e.V. mit, (am ehesten mit unserem E-Werk zu vergleichen). Auch dort wird eine Stelle eingerichtet, die in enger Kooperation mit dem Münchner Sozialreferat den Stadtrat informieren soll.

Zusätzlich wird das Kulturreferat beauftragt, ein Konzept für ein NS-Dokumentationszentrum zu entwickeln.

In Bayern und auch in Franken ist Rechtsextremismus nicht nur latent vorhanden, sondern tritt an einigen Stellen immer häufiger an die Öffentlichkeit. So musste die Marktgemeinde Gräfenberg bereits 35 Neonazi-Aufmärsche verkräften. Diese bringen das öffentliche Leben in der Marktgemeinde regelmäßig zum Erliegen. Wie der bayerische Ministerpräsident a. D., Dr. Günter Beckstein, anlässlich der Mitgliederversammlung der Bürgerbewegung für Menschenwürde im März 2009 berichtete, hat die NPD in Bayern ihren größten Landesverband mit etwa 950 Mitgliedern. Daneben gibt es allerdings wesentlich gewaltbereitere sog. „Kameradschaften“, die besonders über das Internet Gewalt, Hass und Intoleranz verbreiten. *Zur Zahl der rechtsextremen Straftaten in Erlangen siehe Vermerk der PI Erlangen.*

Als besondere Gefährdung beschrieb Dr. Beckstein die Aktivitäten der Rechtsextremen unseren Jugendlichen gegenüber. Nicht nur das Verteilen von CDs mit rechtsextremer Musik, sondern auch oftmals gut kaschierte rechtsextreme Zeltlager, Nachtwanderungen und sonstige Gruppenerlebnisse stellen für viele orientierungslose junge Leute eine höchst gefährliche Verführung dar.

Daher ist es von höchster Wichtigkeit, dass die Kommunen und die Bürgerinnen und Bürger gemeinsam den Rechtsextremen verdeutlichen, dass für Intoleranz, Ausländerfeindlichkeit und Diskriminierung in unseren Städten und Gemeinden kein Platz ist.

Folgerichtig ist die Stadt Erlangen Mitglied in der Bürgerbewegung für Menschenwürde, in ECCAR e. V. (Verein der Europäischen Koalition von Städten gegen Rassismus), in der bayerischen Städtekoalition gegen Rechtsextremismus und beteiligt sich an Gegenaktionen des Bürgerforums von Gräfenberg. Auch hat

der Stadtrat in seiner Februarsitzung die Akkreditierung als „Stadt der Vielfalt“ beantragt. Am 19. März 2009 wurde in Nürnberg die „Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion“ gegründet; die Stadt Erlangen wird sich auch in diesen Kreis in geeigneter Weise einbringen und engagieren.

Die Aktivitäten gegen Rechtsextremismus sind bei uns wie in München direkt beim Oberbürgermeister und im Bürgermeisteramt verankert, auch das Ordnungs- und Straßenverkehrsamt sowie der AIB sind regelmäßig beteiligt. Die Stadt Erlangen nimmt auch an den jeweiligen Konferenzen der einzelnen Organisationen teil, denn es hat sich gezeigt, dass der Erfahrungsaustausch im Umgang mit Extremismus eine große Hilfe ist.

Die Stadt Erlangen ist auch bei der örtlichen Aktion Courage vertreten. Wie in der Vergangenheit auch, wird über das Referat III / Amt 32 die Politik informiert werden, sobald rechtsextreme Aktivitäten in Erlangen bekannt werden.

Die Anträge der Münchner SPD und Grünen-Fraktionen wurden übrigens in einer gemeinsamen Sitzung von Personalausschuss, Kinder- und Jugendhilfeausschuss, Sozialausschuss, Schul- und Sportausschuss und Kulturausschuss behandelt, da bei der Vollversammlung des Münchner Stadtrates der Kinder- und Jugendhilfeausschuss nicht beteiligt gewesen wäre.

München sieht sich als ehemalige „Hauptstadt der Bewegung“ besonders in der Verantwortung. Somit gibt es eine enge Parallele zu Nürnberg, das als ehem. Stadt der Reichsparteitage viele Initiativen ergriffen hat und durch sein Menschenrechtsbüro viele Aktionen gegen Rechts in der Metropolregion koordiniert.

III. Abstimmung

Beschluss des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses

Mit gegen Stimmen

.....
Vorsitzende/r des

.....
Berichterstatter/in

IV. Beschlusskontrolle

Datum	Gremium	Umsetzung
-------	---------	-----------

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Kopie an <Ref. V> zum Vorgang

Anlagen:

-Fraktionsantrag SPD vom 19.01.2009 Nr. 12/2009

-Artikel „Rechtsextreme Straftaten“ im Stadtgebiet